

DER NORD-SÜD-KONFLIKT

Von Gerald Hainzl

Die Auseinandersetzungen zwischen der Zentralregierung in Khartum und Gruppierungen im Süden begann bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1956. Verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen, religiösen und politischen Hintergründen verfolgten dabei ein gemeinsames Ziel: einen unabhängigen Staat im Südsudan. Allerdings hatte und hat jede dieser Gruppen eine völlig unterschiedliche Vorstellung von „Südsudan“. Der Konflikt wird von vielen Faktoren geprägt. So wirken die ägyptische sowie britische Kolonisation im politischen Denken auf lokaler Ebene noch deutlich nach. Zu erwähnen ist auch die internationale Politik zur Zeit des Kalten Krieges, die durch wechselseitige Unterstützung und Waffenlieferungen zur Eskalation wesentlich beitrug. Aber auch die interessensbedingte Einmischung regionaler Mächte sowie ethnische Animositäten und nicht zuletzt ökonomische Begehrlichkeiten (vor allem der Zugriff auf das Erdöl) trugen dazu bei, den Konflikt seit der Unabhängigkeit permanent in verschiedener Intensität aufrecht zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wurde der sudanesischer Nord-Süd-Konflikt zu einem der längsten Bürgerkriege nach der politischen Dekolonisierung.

Sudan unter ägyptischer und britischer Herrschaft

Vor der ägyptischen Invasion von 1821 existierten auf dem Gebiet des Südsudan mehrere Königreiche und andere Formen politischer Organisation. Der Südsudan war als politische Einheit an sich nicht existent. Daran änderte sich auch unter der ägyptischen Herrschaft wenig. Der Südsudan war die Quelle von Rohstoffen wie Gold, Elfenbein und Nutzholz, aber auch Sklaven. Volle Souveränität über das Gebiet konnte aber nie hergestellt werden, es war vermutlich auch nicht beabsichtigt. Ebenso wenig gelang es dem nachfolgenden Mahdi-Staat, eine umfassende Kontrolle über den Südsudan auszuüben.

Das koloniale Großbritannien (1883 bis 1956) schuf für Nord- und Südsudan sogar voneinander völlig getrennte Administrationen und führte Dokumente ein, die für Reisen in den jeweils anderen Teil des Landes notwendig waren. Dies verstärkte die Zweiteilung des Landes in erheblichem Maße.

Der Kampf um Einfluss und Unabhängigkeit

1956 wurden beide Landesteile als gemeinsamer Staat in die Unabhängigkeit entlassen. Viele Südsudanesen fühlten sich jedoch durch den Norden benachteiligt und an den Rand gedrängt. Sie schlossen sich Anfang der 60er Jahre zusammen und kämpften unter dem Namen Anya Nya (Schlangengift) von 1963 bis 1972 gegen die Regierung in Khartum und die von ihnen empfundene Dominanz des Nordens. Nach einem Putsch der sudanesischen Streitkräfte konnte der äthiopische Kaiser Haile Selassie einen Friedensschluss vermitteln.

Dem Süden wurde eine Autonomieregelung zugestanden, die allerdings keine wirkliche politische und ökonomische Gleichberechtigung brachte. Zwar konnte sich der Süden wirtschaftlich ein wenig erholen und auch von Entwicklungsprojekten profitieren, eine gleichberechtigte Mitwirkung in den staatlichen Einrichtungen war de facto jedoch nicht

gegeben. Noch in den 70er Jahren begann sich daher das Klima zwischen Nord- und Südsudan wieder zu verschlechtern.

Für das Wiederaufflammen des Konfliktes im Jahr 1983 können vorwiegend zwei Gründe genannt werden, deren Ursprünge sowohl in wirtschaftlichen als auch in politischen Fragen zu finden sind. Im Südsudan wurden 1978 große Erdölvorkommen entdeckt. Nach der Entscheidung der Regierung wurde eine Raffinerie allerdings im Norden des Landes errichtet. Dadurch wurden Befürchtungen der Menschen im Süden verstärkt, vom erwartbaren Wohlstand ausgeschlossen zu werden. Eine Änderung der sudanesischen Rechtsordnung sollte 1983 zu einer Islamisierung des Rechtssystems im gesamten Sudan führen. Gleichzeitig wurde die Autonomie für den Süden außer Kraft gesetzt. Die Menschen im Südsudan sahen damit zentrale Werte ihrer religiösen und kulturellen Identität gefährdet und setzten sich mit Waffengewalt zur Wehr. Unter der Führung von Oberst John Garang formierte sich die Southern People's Liberation Movement/Army (SPLM/A).

Der Kalte Krieg wirkte damals natürlich auch im Sudan. Während der Norden, also die Regierung in Khartum, vom Westen unterstützt wurde, engagierte sich die Sowjetunion im Süden. Die Folgen davon sind heute noch in der gesamten Region bemerkbar. Als wesentliches „Erbe“ dieser Zeit sind Kleinwaffen, die damals in großer Zahl an die Konfliktparteien geliefert worden waren, in den Konfliktregionen im Sudan heute noch weit verbreitet. Aufgrund ihrer Kampferfolge konnte die SPLM/A bald von ihrer Guerillataktik abgehen und Garnisonsstädte und Posten der Streitkräfte offen angreifen. Mit den Erfolgen wuchs auch die Anzahl der Personen, die in die SPLM/A eintraten. Der personelle Höhepunkt war Anfang der 90er Jahre mit bis zu 60.000 Mann erreicht.

Nachdem 1989 die demokratische Regierung in Khartum gestürzt worden war, übernahmen Offiziere die Macht, die der radikalen National Islamic Front (NIF) nahe standen. Friedensverhandlungen waren damit außer Reichweite gerückt. Die neuen Machthaber wollten nicht verhandeln, sie wollten ihre Gegner im Süden „vernichten“ und riefen 1992 einen „Heiligen Krieg“ aus. Sie stellten mit den Popular Defence Forces (PDF) eine eigene Freiwilligenmiliz auf und rüsteten zusätzlich Hilfsmilizen (Murahalin) mit Waffen aus.

Für die SPLM/A waren die 90er Jahre durch viele Schwierigkeiten gekennzeichnet. Mit dem Sturz von Mengistu Haile Mariam in Äthiopien verlor sie ihr Rückzugsgebiet, durch das Ende des Kalten Krieges blieb auch die externe Unterstützung aus. Die SPLM/A verlor sich in internen Machtkämpfen, die zu Abspaltungen und blutigen Auseinandersetzungen führten. Die Regierung konnte diese durch die Uneinigkeit hervorgerufene Schwäche geschickt nutzen, die SPLM/A nachhaltig schädigen und viele wichtige Städte zurückerobern.

Der Weg zum Frieden

Die erste Friedensinitiative ging 1993 von den Nachbarstaaten aus, die ein vitales Interesse daran hatten, die Auseinandersetzung zu beenden, weil der Bürgerkrieg die Stabilität der gesamten Region gefährdete. Die Bemühungen der in der Inter-Governmental Authority on Drought and Development (IGADD, heute Inter-Governmental Authority on Development/IGAD) zusammen-geschlossenen Staaten waren allerdings nicht erfolgreich. Ebenso wenig konnten Libyen, Nigeria und

Die Verträge zwischen Regierung und SPLM/A

20. Juli 2002 Abkommen von Machakos

25. September 2003 Abkommen von Naivasha

7. Jänner 2004 Abkommen über die Ressourcenverteilung während der Übergangsperiode

26. Mai 2004 Abkommen über die Machtteilung

26. Mai 2004 Abkommen über Abyei, Nuba Mountains und Blue Nile

31. Dezember 2004 Waffenstillstands- und Umsetzungsprotokolle

9. Jänner 2005 Umfassendes Friedensabkommen

Ägypten eine Konfliktbeilegung bewirken. Erst der Druck der USA ermöglichte ab 2002 Friedensverhandlungen, die mit dem Abkommen von Machakos (Kenia) begannen und zu einem umfassenden Friedensvertrag führten.

Der Friedensvertrag als Anfang eines vereinten Sudan?

Die Unterzeichnung eines umfassenden Friedensvertrages am 9. Jänner 2005 in Kenia war der Schlusspunkt einer Reihe von Verträgen zwischen Regierung und SPLM/ A. Der Vertrag bedeutet zwar einen wichtigen Schritt in Richtung Normalisierung, darf aber keinesfalls das Ende der Friedensbemühungen sein. Die Zielsetzung eines friedlichen Zusammenlebens lässt allerdings die Hoffnung aufkommen, dass bei genügend internationaler Unterstützung zumindest militärische Auseinandersetzungen der Vergangenheit angehören werden. Viel wichtiger als der Friedensvertrag selbst ist jedoch der Prozess, der seit dem Abkommen von Machakos (20. Juli 2002) kontinuierlich an Dynamik gewonnen und mit der Unterzeichnung sicherlich einen Höhepunkt erreicht hat. Allerdings dürfen sich weder die Konfliktparteien noch die Vermittler damit begnügen. Denn die eigentliche Arbeit beginnt erfahrungsgemäß erst mit dem Zeitpunkt der Umsetzung eines Abkommens. Dies wird weiterhin eines starken Willens aller Beteiligten bedürfen, um beim Auftauchen von Problemen das reflexartige Zurückziehen auf gegenteilige Machtpositionen zu vermeiden. Zwei Faktoren werden dafür ganz entscheidend sein:

- Die Intention Khartums, die Südsudanesen tatsächlich in die staatliche Organisation und Verwaltung einzubinden;
- und die Bereitschaft des Südsudan, an der Gestaltung des gemeinsamen Staates mitzuwirken und nicht a priori die Abspaltung der Region zu betreiben.

Die Eckpunkte des Friedensvertrages betreffen die Streitkräfte, Fragen der Autonomie des Südsudan, die Verteilung der Einnahmen aus dem Erdölverkauf, allgemeine wirtschaftliche Angelegenheiten sowie Administration und Rechtsprechung. Ein permanenter Waffenstillstand wird als Grundlage für die Umsetzung der Ziele angesehen.

Während die Regierung innerhalb von zweieinhalb Jahren 91.000 Soldaten aus dem Süden abziehen soll, wird die SPLM/A ihre Einheiten im Norden im Zeitraum von acht Monaten rückverlegen. Allerdings sollen als mögliche Basis für künftige gemeinsame Streitkräfte 21.000 Soldaten (jeweils die Hälfte von Regierung und SPLM/ A) in Gemeinsame Integrierte Einheiten (Joint Integrated Units) zusammengefasst werden.

Ihre Aufgabe wird es sein, in umstrittenen Gebieten wie Abyei, Blue Nile sowie in den Nuba Mountains gemeinsam Dienst zu versehen; die Führungsstrukturen bleiben aber getrennt.

Nach sechs Jahren, also im Jahr 2011, werden die bis dahin autonomen Südsudanesen in einem Referendum bestimmen, ob sie weiterhin beim Sudan verbleiben oder sich als eigener Staat abspalten wollen. Falls der Süden nach dieser Übergangsperiode sich nicht vom Sudan löst, werden die 21.000 Mann der Gemeinsamen Integrierten Einheiten den Kern künftiger gemeinsamer Streitkräfte bilden.

»Die Helden und Märtyrer sind nicht sinnlos gestorben. Der Kampf hat zur Geburt des Neuen Sudan geführt, der Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte gewährleisten wird.«

John Garang, Kommandant der SPLM/A, wirbt für das Friedensabkommen

Aber nicht nur Fragen der militärischen Zusammenarbeit werden geregelt, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis 2011. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl werden 50:50 zwischen Khartum und der SPLM/A aufgeteilt. Eine gemeinsame Währung wird es allerdings nicht geben. Der Norden wird weiterhin das sudanesisches Pfund behalten, der Süden hingegen den sudanesischen Dinar.

Es soll eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden, der John Garang von der SPLM/A als Vizepräsident angehört, während Omar Hassan Al-Bashir weiterhin als Präsident fungiert. Die Aufteilung der Posten erfolgt im Verhältnis 70:30 zugunsten der bisherigen Regierung, während in den Gebieten Abyei, Blue Nile und Nuba Mountains der Schlüssel 55:45 beträgt.

Ein wichtiger Verhandlungspunkt für beide Seiten betraf die Rechtsprechung. Für den Süden war die Einführung der Scharia (islamisches Rechtssystem) unannehmbar. Der Friedensvertrag sieht daher vor, dass die Scharia nur im Norden und nicht für Angehörige anderer Religionen zur Anwendung kommt. Die Entscheidung über die Rechtsprechung in der Hauptstadt Khartum wurde aufgeschoben und soll von einer gewählten Nationalversammlung getroffen werden.

Konfliktpotenzial innerhalb des Südsudan

Die politischen Kräfte im Süden des Sudan sind jedoch nicht so geeint wie dies auf den ersten Blick scheinen mag. Kritische Stimmen warnen bereits vor einem Süd-Süd-Konflikt und tatsächlich bezog sich eine der ersten öffentlichen Äußerungen John Garangs nach Unterzeichnung des Friedensvertrages auf genau diese Gefahr. Er forderte einen raschen und umfassenden Süd-Süd-Dialog, um künftige Auseinandersetzungen im Südsudan zu vermeiden.

Der Südsudan ist alles andere als ein ethnisch und politisch homogenes Gebilde. Abspaltungen von der SPLM/A und das Auftreten verschiedener Gruppierungen im südlichen Landesteil weisen auf die Zerbrechlichkeit des Friedens im Süden hin. Politisch dominieren die drei großen Völker der Dinka, Schilluk und Nuer, während kleinere ethnische Gruppen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Machtkämpfe innerhalb der SPLM/A lassen sich meist an Auseinandersetzungen genau entlang dieser ethnischen Grenzen festmachen. Die SPLM/A Torit Fraktion unter der Führung von John Garang, einem Dinka, ist auf nationale Versöhnung ausgerichtet und will den

Sudan als Gesamtstaat erhalten. Die SPLM/A Nasir Fraktion von Riek Machar verhält sich dagegen separatistisch und will einen unabhängigen Südsudan. Diese Gegensätze waren auch in den Friedensverhandlungen bemerkbar. So wäre ein Verhandlungsergebnis, das die Möglichkeit eines Referendums über die Unabhängigkeit des Südsudan nicht festgelegt hätte, schlichtweg unmöglich gewesen. Zu Kriegszeiten konnte die Regierung in Khartum diese unterschiedlichen Vorstellungen geschickt nutzen und durch gezielte Unterstützung der einen oder anderen Gruppe Zwietracht sähen und die SPLM/A dadurch schwächen.

Bis zur Festlegung, wer welche Positionen in der neuen Übergangsregierung innehaben wird, scheint die Einheit der SPLM/A nicht gefährdet. Aber mit dem Zeitpunkt der Verteilung von Posten in Administration und Regierung werden Auseinandersetzungen nicht auf sich warten lassen. Die Gefahr, dass Machtkämpfe gewaltsam ausgetragen werden und blutige Konflikte im Südsudan folgen könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. In der Region sind durch den Krieg gegen den Norden genügend Waffen vorhanden. Wenn sich also irgendeine Gruppe stark benachteiligt fühlt, bestehen die materiellen Voraussetzungen, die politischen Ziele auch gewaltsam zu verfolgen.

Quelle: *IFK aktuell*, I/2005, 3-6